

Antrag 312/I/2020**ASF Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für eine soziale Wohnungspolitik****1 Mietendeckel bleibt sinnvoll und notwendig**

2 Wir bekräftigen als SPD Berlin erneut die Schutzmaß-
 3 nahme des Berliner Mietendeckels. Nach dem Ablauf
 4 der 5-Jahres-Frist müssen selbstverständlich das Vorlie-
 5 gen der entsprechenden Voraussetzungen geprüft wer-
 6 den aber dies ändert nichts daran, dass wir das Instru-
 7 ment politisch für notwendig und sinnvoll erachten.

8
 9 Die Berliner SPD muss unter Umständen mit jedem uns
 10 zur Verfügung stehenden Instrument Armut und Woh-
 11 nungslosigkeit durch überteuerte Mieten oder ein Unter-
 12 angebot an Wohnraum bekämpfen: Das kommt uns Fra-
 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48

19 Welche Strategien verfolgen wir künftig beim Neubau von
 20 Wohnungen?

21 Neubau, bzw. Verdichtung, muss kooperierend zum Mie-
 22 tendeckel in breiter Fläche passieren. Ausgeglichene so-
 23 ziale Milieus benötigen eine breitflächige Umsetzungen
 24 des Wohnungsneubaus, statt einer punktuellen Zentrie-
 25 rung auf Gebiete, die dem Land Berlin gehören (wie z.B.
 26 Flughafen Tegel oder Tempelhofer Feld). Die Berliner Mie-
 27 tenpolitik durch Wohnungsneubau muss über alle Bezir-
 28 ke verteilt, mit Städtischen Wohnungsbau und Genossen-
 29 schaftlichen Wohnungsbau durchwachsen sein.

30 Unser Ziel muss es sein, ein großflächiges Programm
 31 zu entwickeln, das ausreichend Stabilität und Wohnraum
 32 für kleine und mittlere Einkommen in den einzelnen
 33 Kiezen, also im Mikrokosmos des Berliner Mietspiegels
 34 schafft. Sollten keine Flächen gefunden werden, die dies
 35 ermöglichen, muss das Vorkaufsrecht, ggf. durch neue po-
 36 litische Instrumente, in den Bezirken und durch das Land
 37 Berlin eine vermehrte Umsetzung finden.

38 Wohnungsbauvorhaben durch Investoren der Immobili-
 39 enbranche, deren Bauvorhaben groß genug sind, um für
 40 das Berliner Modell verpflichtet zu werden, müssen auf-
 41 grund der geringen Ausschöpfung und Nachhaltigkeit für
 42 das Land Berlin eine sekundäre Maßnahme für die Wohn-
 43 raumschaffung und die Stabilisierung des Berliner Miet-
 44 spiegels sein. Um den Verlust durch die zu schaffenden
 45 30% Sozialwohnungen beim Berliner Modell zu kompens-
 46 sieren - welche nur eine Sozialbindung von 20 Jahren ha-
 47 ben - , sind i.d.R. 70% der Baumasse dieser Investoren hö-
 48 her bis hochpreisig - das steht dem politischen Streben

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK****Mietendeckel bleibt sinnvoll und notwendig**

Wir bekräftigen als SPD Berlin erneut die Schutzmaß-
 nahme des Berliner Mietendeckels. Nach dem Ablauf
 der 5-Jahres-Frist müssen selbstverständlich das Vorlie-
 gen der entsprechenden Voraussetzungen geprüft wer-
 den aber dies ändert nichts daran, dass wir das Instru-
 ment politisch für notwendig und sinnvoll erachten.

Die Berliner SPD muss unter Umständen mit jedem
 uns zur Verfügung stehenden Instrument Armut und
 Wohnungslosigkeit durch überteuerte Mieten oder ein
 Unterangebot an Wohnraum bekämpfen: Das kommt
 uns Frauen*, Senior*innen, Alleinerziehenden, ALGII Emp-
 fänger*innen, Student*innen u.v.m. zu Gute. Das sind Per-
 sonengruppen für die wir immer schon Politik gemacht
 haben und für die wir auch künftig Politik machen müs-
 sen. Sich auf die Seite der Benachteiligten unserer Gesell-
 schaft zu stellen muss weiterhin Berliner SPD Politik blei-
 ben.

49 nach Stabilität des Mietspiegels und der Schaffung von
50 Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen entgegen.
51 Deshalb muss es eine neue Übereinkunft geben, dass die-
52 se Umsetzung des Bauens das nicht zu präferierende Mit-
53 tel der Wahl ist. Künftig soll es deshalb eine transparente
54 Aufstellung
55 geben, die offenlegt und nachweist, dass Bezirke in Ab-
56 sprache mit dem Land Berlin Städtischen und Genossen-
57 schaftlichen Wohnungsbau präferiert stützen und umset-
58 zen.

59 Bedarfsorientiertes Bauen

60 Die SPD Berlin und die SPD Fraktionen von Land und
61 Bezirken müssen explizit zum Ziel haben für Menschen
62 mit sehr kleinem und kleinem Einkommen das Wohn-
63 raumangebot stark zu erhöhen. So bieten beispielswei-
64 se etliche Bezirke keinen Wohnraum mehr für ALGII Emp-
65 fänger*innen, während höher bis hochpreisiger Wohn-
66 raum durchaus keine Engpässe erlebt. Um diese Unaus-
67 gewogenheiten auszugleichen sind der Wohnraumbedarf
68 und die Verdrängung diverser Einkommenschichten des-
69 halb jährlich zu ermitteln (unabhängig oder im Kontext
70 des Monitorings Soziale Stadtentwicklung) und Strate-
71 gien müssen entsprechend aufgestellt werden. Alle zwei
72 Jahre ein rückwärtsgewandter Bericht, reicht für ein Ber-
73 lin im schnellen und stetigen Wandel nicht aus.

74

75 **Begründung**

76 Mit einer neuen Berliner SPD Landesspitze und der Kan-
77 didatur von Franziska Giffey für das Amt der Berliner Bür-
78 germeisterin, werden neue Weichen für die Mieten- und
79 Wohnungspolitik gestellt.

80 Die SPD Frauen im ASF Landesvorstand wissen, dass Ar-
81 mut in unserer Gesellschaft zu großen Teilen weiblich ist:
82 als Frau in Sorgearbeit, in Teilzeit, in einem unterbezahlten
83 Beschäftigungsverhältnis und als Seniorin. Wo vielleicht
84 ein Partner zuvor Stabilität und Sicherheit in die finansi-
85 elle Situation dieser Frauen gebracht hat, kommen Unsi-
86 cherheit, Sorgen und Armut - gar Wohnungslosigkeit - bei
87 Partnerverlust auf, wenn Mieten mehr als 30% der Einnah-
88 men eines Haushalts überschreiten.

89 Berlin ist die Hauptstadt der Alleinstehenden und Berlin
90 hat im zunehmenden Trend extrem überbeuerte Mieten -
91 im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen der Region.
92 Deshalb muss eine gute sozialdemokratische Mietenpo-
93 litik in Berlin bedeuten, dass wir uns aller legalen Instru-
94 mente der sozialdemokratischen Politik bedienen, die uns
95 zur Verfügung stehen, um gute Mieten- und Wohnungs-
96 politik für (sehr) kleine bis mittlere Einkommen zu ma-
97 chen.

98 Einige Fakten anbei:

99 In Berlin gaben 2019 rund ein Viertel der Mieter*innen
100 mehr als 40% ihres Einkommens für Miete aus. Bei Ein-
101 kommen unter 1500€ waren es sogar die Hälfte. Die Miet-

102 preisbremse hat hierbei bisher nur verhindert, dass diese
103 Zahlen steigen. Ziel muss jedoch sein, dass insbesonde-
104 re bei niedrigen Einkommen nur ein Drittel für Mietprei-
105 se ausgegeben werden. Dies wird wahrscheinlich nicht in
106 5 Jahren alleine durch Neubau und Verdichtung möglich
107 sein.
108 Um der Debatte Kaufen statt Mieten ein wenig Wind aus
109 den Segeln zu nehmen, sind es exakt die Einkommen un-
110 ter 1500 Euro, die bei Mietzahlungen bei oder über 40%
111 ihres Einkommens
112 wenig bis kein Geld zum Kauf einer Eigentumswohnung
113 ansparen können. Zu den Betroffenen gehören viele Frau-
114 en, jedoch ist dieser Antrag selbstverständlich im Sinne
115 und im Dienst aller schwächer Gestellten unserer Gesell-
116 schaft!